Ä1 Im Herzen Europas – Ökologie, Menschenrechte und Demokratie stärken

AntragstellerIn: Christian Bischoff (Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Von Zeile 100 bis 104:
Die Handelsverträge der jüngeren Vergangenheit haben großes Aufsehen erregt. Die Abkommen mit Kanada (CETA) und Japan (JEFTA) lösten kritische Proteste der Zivilgesellschaft aus, die zum Teil mehr demokratische Beteiligung und die Öffnung der wirtschaftlichen Absprachen erreichen konnten. ~~Diese kritische Begleitung~~Gleichwohl sind die massiven Befürchtungen, dass die Handelsabkommen ökologische und soziale Standards beeinträchtigen sowie die Gestaltbarkeit zukünftiger Standards einschränken, längst nicht ausgeräumt. Davon zeugen weiterhin ablehnende Stellungnahmen u.a. von Umwelt- und Verbrauchschutz-NGOs – sowie die Ablehnung der Grünen im Europaparlament und im Bund zu diesen Handelsabkommen. Auch im Hessischen Koalitionsvertrag haben wir die Einhaltung heutiger und zukünftiger Standards zum Maßstab für Handelsabkommen gemacht. Daran wollen wir uns als Grüne in Hessen halten und die Umsetzung ~~wird~~ insbesondere beim Investorenschutz weiterhin ~~notwendig sein~~kritisch begleiten.

Begründung

Bezüglich Einfügung „zum Teil“: Die Proteste haben zwar schon mehr demokratische Beteiligung ermöglicht, indem ein breiter öffentlicher Diskurs entstanden ist. Wirklich transparent und bürger*innennah liefen bzw. laufen die Verhandlungen zu diesen und anderen Handelsabkommen noch immer nicht ab.

Dies ist ein zentraler Kritikpunkt, den neben vieler NGOs auch die Grünen immer wieder vorgetragen haben. Hinzu kommen Bedenken bezüglich ökologischer und sozialer Standards, Verbraucherschutz, demokratischer Entscheidungshoheit über die (kommunale) Daseinsvorsorge, Investorenschutz und „Sondergerichtsbarkeiten“ etc. Es also sinnvoll unsere Haltung deutlich zu machen – und dabei auch zu benennen, dass wir auch im Koalitionsvertrag für Hessen entsprechende Bedingungen für Handelsabkommen mit dem Koalitionspartner vereinbart haben.

Im Koalitionsvertrag heißt es:

„Das Land Hessen bekennt sich zu fairem und freiem Handel. Handelsabkommen dürfen nicht dazu führen, dass Schutzstandards in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Tiere, Verbraucher sowie Datenschutz und Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschwächt werden. Das Recht, diese Bereiche zu regulieren und damit auch das Recht, Standards anzuheben, muss bei den zuständigen Institutionen auf europäischer und nationaler Ebene erhalten bleiben. Das in Europa bewährte Prinzip des vorsorgenden Verbraucherschutzes darf nicht angetastet werden. Soziale und ökologische Standards müssen weiterhin Bestandteil öffentlicher Ausschreibungen sein können. Das Recht zur Regelung der kommunalen Daseinsvorsorge darf nicht in Frage gestellt werden.“

Unterstützer*innen

Gabriele Trah (Frankfurt); Sophia Schmidt (Frankfurt); Laura Jehl (Frankfurt); Matthias Görgen (Frankfurt); Marina Ploghaus (Frankfurt); Heike Strobel (Frankfurt); Jochen Paulus (Frankfurt)